



NIEDERSCHRIFT
(öffentlicher Teil)
17. Sitzung des Ausschusses für Soziales

Sitzungstermin:	Dienstag, 01.09.2020	
Sitzungsbeginn:	16:00 Uhr	
Sitzungsende:	18:15 Uhr	
Sitzungsort:	Große Börse, Rathaus, 23539 Lübeck	
Anwesende Mitglieder		
Vorsitz		
Aydin Candan - SPD	Vertretung für: Herrn Peter Petereit	
Mitglieder aus der Bürgerschaft		
Michelle Akyurt - BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN		
Gabriele Friemer - Die Unabhängigen		
Dr. Werner Vieler - AfD		
stimmberechtigte Mitglieder ohne M.d.Bü.		
Jean Paul Köpsell - SPD	Vertretung für: Herrn Aydin Candan	
Nil Gersdorf - CDU		
Andreas Müller - DIE LINKE		
Gabriele Ulrich - SPD		
Gregor Voht - FREIE WÄHLER & GAL		
Natalie Beisiegel-Röhl - FDP		
Thomas Fürst - BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN	ab TOP 3.4; 16.15 Uhr	
Anna Klostermann - CDU		
Volker Nehrhoff - CDU		
Christian Steen - SPD		
Beiratsmitglieder		
Wolfgang Domeyer - Seniorenbeirat		
Verwaltung		
Senator Sven Schindler - FB 2 - Wirtschaft und Soziales		
Andrea Aewerdieck-Zorom - 1.160 Frauenbüro		
Beate Herrmann - 2.502 - Personalrat SIE		
Manuel Hertz - FBC FB 2		
Ulrich Kewitz - 2.500 Soziale Sicherung		
Sabine Klawitter - Personalrat SIE		
Claudia Schwartz - Soziale Sicherung		

Ulrike Tietz - 2.530 - Gesundheitsamt	
Gert Wadehn - Senioreneinrichtungen	
Christiane Wasmund -	
Vivien Wolgast - Jobcenter Lübeck	
Matthias Wulf - Soziale Sicherung	
Dr. Alexander Mischnik - Gesundheitsamt	
Protokollführung	
Gitte Timmermann - Soziale Sicherung	
Gäste	
Joachim Tag - Jobcenter Lübeck	
Entschuldigte Mitglieder	
Vorsitz	
Peter Petereit - SPD	- entschuldigt -
Mitglieder aus der Bürgerschaft	
Dr. Carsten Grohmann - CDU	entschuldigt
Bruno Hönel - BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN	entschuldigt
Dr. Marek Lengen - SPD	entschuldigt
Aneta Wolter - CDU	entschuldigt
stimmberechtigte Mitglieder ohne M.d.Bü.	
Dr. Axel Walther - FDP	entschuldigt

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil:

1	Eröffnung / Begrüßung / Feststellung der Tagesordnung / Verpflichtungen	
2	Genehmigung der Niederschrift	
2.1	Genehmigung der Niederschrift der Sondersitzung vom 18.05.2020	
2.2	Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 02.06.2020	
3	Anfragen / Antworten / Mitteilungen	
3.1	Antwort auf Anfrage AM Andreas Müller (DIE LINKE): Einrichtung der Obdachlosenhilfe	VO/2020/08571-01
3.2	Wohnberatung- Vereinsgründung "Wohnen im Alter e.V."	
3.3	NEU: Anfrage AM Müller: gemeinsamer Termin mit dem AK Soziales	
3.4	NEU: Mitteilung zu den Einschränkungen in der Altenhilfe	
3.5	NEU: Beantwortung der Fragen von Frau Akyurt aus der Sitzung vom 02.06.2020 in Bezug auf die Sanktionen im Jobcenter Lübeck	
4	Berichte	
4.1	Zwischenstand "Suchthilfeplan"	
5	Beschlussvorlagen	
5.1	Feststellung des Rechnungsergebnisses der SeniorInnen-Einrichtungen der Hansestadt Lübeck für das Jahr 2019	VO/2020/09171
5.2	Wirtschaftsplan 2021 der städtischen SeniorInnen-Einrichtungen (SIE)	VO/2020/09140
5.3	Entschuldungsfonds der Possehl-Stiftung Lübeck	VO/2020/09128
5.4	Vorlage zur 1. Satzung zur Änderung der Benutzungs- und Gebührensatzung für die Übergangswohneinrichtungen der Hansestadt Lübeck	VO/2020/09126
5.5	Dringlichkeitsantrag von AM Nil Gersdorf (CDU) und AM Aydan Candan (SPD): Sonnentag in Corona Zeiten	VO/2020/09264
6	Überweisungsaufträge aus der Bürgerschaft	
6.1	BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN: Antrag zu VO/2019/08495	VO/2019/08495-02

	'Wohnungsmarktbericht 2019'	
6.2	Die Unabhängigen: Antrag zur VO/2019/08495 Wohnungsmarktbericht 2019	VO/2019/08495-03
6.3	Antje Jansen (GAL): Antrag zu VO/2019/08495 Wohnungsmarktbericht 2019	VO/2020/08743
6.4	BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN: Aktionsplan Queeres Lübeck	VO/2020/08766
7	Anträge von Ausschussmitgliedern	
7.1	NEU: AM Müller zum Termin mit dem AK Soziales	
8	Verschiedenes	
9	Ende des öffentlichen Teils	
15	Bekanntgabe der im nicht öffentlichen Teil gefassten Beschlüsse	

Öffentlicher Teil:

zu 1 Eröffnung / Begrüßung / Feststellung der Tagesordnung / Verpflichtungen

Der stellv. Vorsitzende begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung mit der Feststellung der Beschlussfähigkeit.

Ferner macht der stellv. Vorsitzende darauf aufmerksam, dass Personen, die möglicherweise befangen sein könnten, verpflichtet sind, dieses mitzuteilen. Ob jemand befangen sein könnte, entscheidet im Zweifel der Ausschuss.

Er weist darauf hin, dass gemäß § 35 Abs. 2 der Gemeindeordnung ein gesonderter Verfahrensbeschluss mit 2/3 Mehrheit über die nichtöffentliche Behandlung von Vorlagen erforderlich ist.

Der stellv. Vorsitzende verpflichtet das (stellvertretende) bürgerliche Ausschussmitglied Frau Beisiegel-Röhl mit den Worten: „Ich verpflichte Sie auf die gewissenhafte Erfüllung Ihrer Obliegenheiten, weise Sie auf die Rechte und Pflichten nach der Gemeindeordnung hin und führe Sie hiermit in Ihr Amt ein.“

Der stellv. Vorsitzende schlägt vor, über die Tagesordnungspunkte 5.1 und 5.2 zusammen zu beraten.

Ebenso schlägt er vor über die Tagesordnungspunkte 6.1 bis 6.3 gemeinsam zu beraten.

Weiterhin lässt er über den Tagesordnungspunkt 5.5, der als Dringlichkeitsantrag auf der Nachtragstagesordnung steht, abstimmen.

Die Dringlichkeit von TOP 5.5 wird mit 12 Ja-Stimmen und 1 Enthaltung beschlossen.

Er lässt über die Zuordnung der für den nichtöffentlichen Teil angemeldeten TOP abstimmen.

Der Ausschuss beschliesst einstimmig die Zuordnung zum nichtöffentlichen Teil.

Der stellv. Vorsitzende lässt über die geänderte Tagesordnung abstimmen. Die geänderte Tagesordnung wird einstimmig beschlossen.

zu 2 Genehmigung der Niederschrift

zu 2.1 Genehmigung der Niederschrift der Sondersitzung vom 18.05.2020

Keine Wortmeldung.

Die Niederschrift ist damit in der vorgelegten Fassung festgestellt.

zu 2.2 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 02.06.2020

Keine Wortmeldungen.

Die Niederschrift ist damit in der vorgelegten Fassung festgestellt.

zu 3 Anfragen / Antworten / Mitteilungen

**zu 3.1 Antwort auf Anfrage Anfrage AM Andreas Müller (DIE LINKE): Einrichtung der Obdachlosenhilfe
Vorlage: VO/2020/08571-01**

Herr Müller erklärt, dass seine Frage zu Nr. 7 mit dieser Antwort nicht ausreichend beantwortet ist.

Frau Akyurt erklärt, dass der Hinweis auf den Datenschutz unter Nr. 2 nicht zufriedenstellend ist. Sie bemerkt, dass man die Beantwortung auch im nichtöffentlichen Teil hätte behandeln können.

Frau Schwartz erklärt hierzu, dass die Unterlagen jederzeit durch die Vertreterinnen und Vertreter des Ausschuss für Soziales eingesehen werden können.

Anfrage AM Andreas Müller (DIE LINKE) in der Sitzung des Ausschusses für Soziales (VO/2020/08571)

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kennntnisnahme	X
	Vertagung	
	Ohne Votum	

zu 3.2 Wohnberatung- Vereinsgründung "Wohnen im Alter e.V."

Herr Senator Schindler führt aus, dass der Verein „Wohnen im Alter e.V. gegründet wurde.

zu 3.3 NEU: Anfrage AM Müller: gemeinsamer Termin mit dem AK Soziales

Herr Müller fragt nach, wann der gemeinsame Termin mit dem AK Soziales stattfinden wird. Er verweist darauf, dass der Vorsitzende diesen vereinbaren wollte, aber bisher nichts geschehen ist.

Der stellv. Vorsitzende verweist hierzu auf die Aussage des Vorsitzende und wird dieses Anliegen vortragen.

zu 3.4 NEU: Mitteilung zu den Einschränkungen in der Altenhilfe

Herr Senator Schindler berichtet, dass aufgrund der Corona-Beschränkungen leider der Sonntag sowie der Herbstmarkt der Hobby-Handwerker im Heiligen-Geist-Hospital nicht stattfinden kann.

Herr Fürst nimmt ab TOP 3.4 um 16.15. Uhr an der Sitzung teil

zu 3.5 NEU: Beantwortung der Fragen von Frau Akyurt aus der Sitzung vom 02.06.2020 in Bezug auf die Sanktionen im Jobcenter Lübeck

Frau Wolgast trägt die Antworten zu den gestellten Fragen vor.

zu 4 Berichte

zu 4.1 Zwischenstand "Suchthilfeplan"

Frau Tietz stellt die Planungen vor und berichtet von den bisherigen Zusammenkünften und den Ergebnissen.

Frau Akyurt verweist auf die bevorstehende Haushaltssitzung der Bürgerschaft im September und bittet um die Benennung der Bedarfe, damit dieses eingeplant werden kann.

Herr Senator Schindler bittet darum, das Konzept zunächst abzuwarten, um dann die richtigen Bedarfe benennen zu können, anstelle von „Schnellschüssen“ die im Anschluss wieder rückabgewickelt werden müssen.

Hierzu sprechen Frau Friemer, Herr Müller sowie Herr Voht, der auf die bisher umgesetzten Maßnahmen verweist und auf die Vorlage des Konzeptes warten möchte. Der Ausschuss nimmt Kenntnis..

zu 5 Beschlussvorlagen

**zu 5.1 Feststellung des Rechnungsergebnisses der SeniorInnenEinrichtungen der Hansestadt Lübeck für das Jahr 2019
Vorlage: VO/2020/09171**

Es folgt die gemeinsame Beratung von TOP 5.1 und 5.2:

Herr Senator Schindler führt in das Thema ein und bedankt sich bei den Mitarbeitenden der SIE für die gute Arbeit und besonders für den Einsatz während der Corona-Krise.

Herr Wadehn schließt sich diesem Dank an und stellt anhand einer Präsentation die Wirtschaftsplanung 2021 vor.

Herr Fürst erfragt, wie eine Reduzierung der Leiharbeitenden erfolgen kann. Herr Wadehn berichtet hierzu von der Einrichtung eines Springerpools, der die Notwendigkeit von Leiharbeitenden reduziert.

Frau Akyurt bittet in diesem Zusammenhang um einen Sachstand zu der Zeitschiene der Vision 2030.

Herr Senator Schindler berichtet über die bisherigen Zwischenschritte und Ergebnisse und stellt dar, dass die Vision 2030 keine Auswirkung auf den Wirtschaftsplan 2021 haben wird. Diese werden erst 2025 erwartet.

Frau Ulrich fragt nach, ob durch die Corona-Krise mehr Zeitarbeitende erforderlich waren, weil das Stammpersonal wegen Kinderbetreuung oder aus persönlichen Gründe (selbst Risikogruppe) nicht arbeiten konnte. Herr Wadehn verneint das.

Beschluss:

1. Der Jahresabschluss der SeniorInnenEinrichtungen der Hansestadt Lübeck für das Geschäftsjahr 2019 wird mit einer Bilanzsumme von € 3.815.790,44, einem Jahresfehlbetrag von € 3.167.151,45 und einem Bilanzverlust von € 3.151.830,65 festgestellt.
2. Der Bilanzverlust 2019 in Höhe von € 3.151.830,65 ist durch die Hansestadt Lübeck auszugleichen.

Abstimmungsergebnis als Empfehlung an die Bürgerschaft	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	13
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	1
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
	Ohne Votum	

**zu 5.2 Wirtschaftsplan 2021 der städtischen SeniorInnenEinrichtungen (SIE)
Vorlage: VO/2020/09140**

Beschluss:

1. Es betragen
 - 1.1 **im Erfolgsplan**

	€
die Erträge	27.472.600
die Aufwendungen	29.302.700
der Jahresgewinn	0
der Jahresverlust	-1.830.100
 - 1.2 **im Vermögensplan**

die Einzahlungen auf	763.530
die Auszahlungen auf	763.530
2. der Gesamtbetrag der Kredite für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen auf 0
- 2.1 der Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigung auf 0
- 2.2 der Höchstbetrag der Kassenkredite auf 4.000.000
3. die Stellenübersicht 2021 nebst Änderungsliste (Anlage 8, 8a, 8b).

Der Festsetzung des Wirtschaftsplans 2021 der städtischen SeniorInnenEinrichtungen im Fachbereich 2 Wirtschaft und Soziales für das Geschäftsjahr 2021 wird gemäß Anlagen 1-12 im Rahmen der Haushaltssatzung 2021 zugestimmt.

Abstimmungsergebnis als Empfehlung an die Bürgerschaft	einstimmige Annahme	X
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
	Ohne Votum	

**zu 5.3 Entschuldungsfonds der Possehl-Stiftung Lübeck
Vorlage: VO/2020/09128**

Frau Friemer verlässt den Sitzungssaal von 17.15 Uhr bis 17.20 Uhr.

Beschluss:

Die Geldspende der Possehl-Stiftung Lübeck in Höhe von 30.000,00 Euro wird angenommen.

Abstimmungsergebnis als Empfehlung an die Bürgerschaft	einstimmige Annahme	X
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
	Ohne Votum	

**zu 5.4 Vorlage zur 1. Satzung zur Änderung der Benutzungs- und Gebührensatzung
für die Übergangswohneinrichtungen der Hansestadt Lübeck
Vorlage: VO/2020/09126**

Herr Voht stellt fest, das hiermit eine Gerechtigkeitslücke für die Zukunft geschlossen wird, möchte aber wissen, warum es nicht leistbar ist, dieses für die Vergangenheit ebenfalls zu korrigieren

Herr Kewitz stellt den erheblichen Verwaltungsaufwand und die Komplexität der Rückrechnungen dar.

Frau Schwartz ergänzt, dass auch die Verwaltung sich selbst sehr genau dieser Frage angenommen hat und zu dem Schluss kommen musste, dass es nicht leistbar ist. Frau Wolgast führt hierzu zusätzlich aus, dass der Personenkreis der Geflüchteten sehr arbeitswillig ist und daher z.B. auch innerhalb eines Monats mehrere Arbeitgeber und Einkommen einzubeziehen wären.

Hierzu sprechen Herr Müller, Frau Akyurt, Herr Köpsell und Herr Candan.

Beschluss:

Die als Anlage 2 beigefügte 1. Satzung zur Änderung der Benutzungs- und Gebührensatzung für die Übergangswohneinrichtungen der Hansestadt Lübeck wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis als Empfehlung an die Bürgerschaft	einstimmige Annahme	X
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
	Ohne Votum	

**zu 5.5 Dringlichkeitsantrag von AM Nil Gersdorf (CDU) und AM Aydan Candan (SPD):
Sonnentag in Corona Zeiten
Vorlage: VO/2020/09264**

Herr Candan bittet den Antrag im 1. Absatz zu korrigieren, d.h. es sollen nicht nur die „städtischen“ Senioreneinrichtungen, sondern die „Lübecker“ Senioreneinrichtungen hier aufgeführt sein.

Herr Senator Schinder führt ergänzend hierzu aus, dass ein gleichlautender Antrag auf der Tagesordnung der Bürgerschaft am 27.08.2020 stand, aber aus Zeitgründen nicht mehr beraten werden konnte.

Herr Wulf begrüßt diesen Antrag außerordentlich, da dieser Personenkreis besonders von den Einschränkungen der Corona-Krise betroffen ist.

Beschluss:

Aus den für den ausgefallenen Sonnentag 2020 zur Verfügung stehenden Haushaltsmitteln sollen Auftritte von Künstlern, die sonst keinerlei oder nicht ausreichende Hilfen erhalten können, in ~~städtischen~~ Lübecker Senioreneinrichtungen, Begegnungsstätten und anderen sozialen Einrichtungen organisiert werden. Ein Hygienekonzept ist zu erstellen und umzusetzen.

Auch für Menschen, die nicht in stationären Einrichtungen leben, sollten Programme geboten werden. Hier könnte eine Veranstaltung mit Lübecker Künstlern (Zauberer, Unterhalter, etc.) in einer Location mit Hygiene-Konzept ermöglicht werden.

Über die Durchführung ist dem Sozialausschuss im nächsten Jahr zu berichten.

Abstimmungsergebnis als Empfehlung an die	einstimmige Annahme	X
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	

Bürgerschaft	Kennntnisnahme	
	Vertagung	
	Ohne Votum	

zu 6	Überweisungsaufträge aus der Bürgerschaft
-------------	--

zu 6.1	BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN: Antrag zu VO/2019/08495 'Wohnungsmarktbericht 2019' Vorlage: VO/2019/08495-02
---------------	---

Hier erfolgt die gemeinsame Beratung der TOP 6.1 und 6.2 sowie 6.3:

Frau Akyurt trägt den Antrag der Bündnis 90/ Die Grünen vor.

Herr Senator Schindler hinterfragt die angegebenen Größe von 12.000 Wohnungen und erklärt dass, diese Forderung nicht umsetzbar sein wird.

Hierzu sprechen Herr Wulf, Herr Nehrhoff, Herr Voht, Herr Müller.

Herr Dr. Vieler beantragt die punktweise Abstimmung zu TOP 6.1.

Herr Voht beantragt die punktweise Abstimmung zu TOP 6.3.

Frau Friemer erklärt, dass der Antrag der Fraktion Die Unabhängigen – hier TOP 6.2 -von ihr zurückgezogen wird, stellt aber noch einmal die Notwendigkeit von preiswertem Wohnraum für Lübeck dar.

Beschluss:

- 1) Der Bürgermeister wird aufgefordert, die Erarbeitung von Bebauungsplänen mit überwiegend freistehenden Einfamilienhäusern (Wulfsdorf, Holzkoppel, Steinrader Damm) zurückzustellen, bis das Ziel eines Planungsrechts für 5.000 neue Wohneinheiten seit 2015 erreicht ist.

Der Bürgermeister wird beauftragt, bis August 2020 ein Konzept vorzulegen, wie der Bestand an Sozialwohnungen bis 2025 auf 12.000 Wohneinheiten erhöht werden kann. Darin möge der Bürgermeister auch darlegen, wie und mit welchem bisherigen Ergebnis sowie voraussichtlichem Einfluss auf das o.g. Ziel er sich gemäß des Beschlusses vom 28.3.2019 (VO/2019/07446) auf Landesebene dafür eingesetzt hat, dass die Bindungsfristen für Sozialwohnungen verlängert werden können.

Abstimmungsergebnis Zu TOP 6.1.Abs. 1	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	4
	Nein-Stimmen	10
	Enthaltungen	
	Kennntnisnahme	
	Vertagung	
	Ohne Votum	

Abstimmungsergebnis Zu TOP 6.1. Abs. 2	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	4
	Nein-Stimmen	10
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
	Ohne Votum	

Der Ausschuss für Soziales empfiehlt mehrheitlich der Bürgerschaft diesen Antrag abzulehnen.

**zu 6.2 Die Unabhängigen: Antrag zur VO/2019/08495 Wohnungsmarktbericht 2019
Vorlage: VO/2019/08495-03**

Frau Friemer berichtet davon, das „Die Unabhängigen“ diesen Antrag bereits im Bauausschuss zurückgezogen haben und sie diesen hier für die Fraktion „Die Unabhängigen“ zurückzieht. Es wird hierzu einen geänderten Antrag geben.

Beschluss:

1. *Im B-Planverfahren 32.61.00 - Neue Teutendorfer Siedlung - ist die Anzahl der Mietwohnungen im Geschosswohnungsbau von jetzt 87 Wohnungen (31%) um 110 auf 197 (70%) Wohnungen zu erhöhen. Von den zusätzlichen 110 Wohnungen sind 55 (20%) im Sozialen Wohnungsbau, zweiter Förderweg (8,-/qm), und 55 (20%) Wohnungen im freifinanzierten Wohnungsbau zu realisieren. Dadurch reduziert sich die Anzahl der Eigentumswohnungen um 112 auf 84 (30%) Einheiten.*
2. *Bei dem Verkauf von Einfamilienhäusern und der Vermietung von Wohnungen im Geschosswohnungsbau sollen vorrangig Interessenten mit Lübeck-Bezug berücksichtigt werden (örtliche Nachfrage, junge Familien, Pendler, Heimkehrer etc.).*
3. *Der Anteil der Mietwohnungen im Geschosswohnungsbau und die Quote von Sozialbauwohnungen sowie der Anteil der freifinanzierten Wohnungen sind im städtebaulichen Vertrag gem. § 11 Abs. (1) Ziffer 2 BauGB festzuhalten.*

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
	Ohne Votum	

**zu 6.3 Antje Jansen (GAL): Antrag zu VO/2019/08495 Wohnungsmarktbericht 2019
Vorlage: VO/2020/08743**

Beschluss:

In allen B-Plänen, die noch keinen Satzungsbeschluss haben, wird ein mindestens 30-prozentiger Anteil an Sozialem Wohnungsbau geschaffen, und zwar anhand der gesamten Bruttogeschossfläche des B-Plans.

Desweiteren wird ein 20-prozentiger Anteil (ebenfalls bezogen auf die gesamte Bruttogeschossfläche des B-Plans) von Mietwohnungen geschaffen, deren Kaltmiete am Zweiten Förderweg des Sozialen Wohnungsbaus ausgerichtet ist (8 €/qm).

Abstimmungsergebnis Zu TOP 6.3. Abs. 1	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	6
	Nein-Stimmen	7
	Enthaltungen	1
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
	Ohne Votum	

Abstimmungsergebnis Zu TOP 6.3.Abs. 2	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	5
	Nein-Stimmen	8
	Enthaltungen	1
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
	Ohne Votum	

Der Ausschuss für Soziales empfiehlt mehrheitlich der Bürgerschaft diesen Antrag abzulehnen

**zu 6.4 BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN: Aktionsplan Queeres Lübeck
Vorlage: VO/2020/08766**

Frau Akyurt führt den Antrag näher aus.

Herr Nehrhoff hält die Anwesenheit der Gleichstellungsbeauftragten für eine nähere Beratung für wünschenswert.

Hierzu sprechen Herr Senator Schindler, Frau Friemer, Herr Müller und Herr Voht, der die Vertagung beantragt um zur nächsten Beratung die Gleichstellungsbeauftragte einzuladen.

Die Vertagung des Antrags wird mit 13 Ja-Stimmen und 1 Nein-Stimme beschlossen.

Beschluss:

Die Bürgerschaft möge beschließen,

der Bürgermeister/ die Verwaltung werden aufgefordert einen Aktionsplan „Queeres Lübeck“ zu entwickeln und diesen zusammen mit einem Zeitplan der Maßnahmenrealisation der Bürgerschaft im ersten Quartal 2021 zur Beschlussfassung vorzulegen.

Im Rahmen des Aktionsplanes sollen in Zusammenarbeit mit Vereinen, Netzwerken und Akteuren des queeren Lebens (Bsp. Lübecker AIDS-Hilfe e.V., Jugendnetzwerk Lambda::Nord e.V., LSVD Schleswig-Holstein, Lübecker CSD e.V.) Maßnahmen zu folgenden Zielvorstellungen entwickelt werden:

- Abbau von Vorurteilen, Diskriminierung und Gewalt gegenüber LSBTI-Menschen sowie Förderung von Akzeptanz sexueller und geschlechtlicher Vielfalt
- verstärkte kommunale Unterstützung (strukturell und finanziell) von Angeboten und Projekten der Akteure, Vereine und Organisationen innerhalb der queeren Community

- Ausweitung der kommunalen Unterstützung (strukturell und finanziell) hinsichtlich spezifischer Beratungsangebote zur seelischen und sexuellen Gesundheit von LSB-TI-Menschen sowie der bedarfsgerechten Beratung transsexueller Menschen, queerer Migrant*innen und Geflüchteter und LSBTI mit Gewalt- und Diskriminierungserfahrung
- Förderung und Umsetzung LSBTI-sensibler Wohnformen und Wohnprojekte
- Förderung und Umsetzung LSBTI-sensibler Altenhilfe und Senior*innenarbeit
- Sensibilisierung von Verantwortlichen und Mitarbeitenden in Verwaltung und bei sozialen Trägern für LSBTI-bezogene Themen
- Verstärkte Sensibilisierung von Jugendhilfe und Jugendarbeit mit dem Problem der LSBTI-Feindlichkeit
- Schaffung und Förderung eigener diskriminierungsfreier Freizeiteinrichtungen und Freizeitangebote für LSBTI-Jugendliche und junge Erwachsene

Entwicklung und regelmäßige Durchführung einer Online-Befragung zur allgemeinen, sozialen und gesundheitlichen Lebenssituation von LSBTI-Menschen in Lübeck mit anschließender Evaluation und Maßnahmenadaptation

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	X
	Ohne Votum	

zu 7 Anträge von Ausschussmitgliedern

zu 7.1 NEU: AM Müller zum Termin mit dem AK Soziales

zu 8 Verschiedenes

Herr Dr. Vieler verlässt von 18.05 Uhr bis 18:10 Uhr den Sitzungssaal.

Herr Müller äußert seinen Unmut über das Ergebnis seiner Anfrage bei TOP 3.3 in Bezug auf die Terminabstimmung für eine gemeinsame Sitzung mit dem AK Soziales.
Herr Candan wird den Vorsitzenden an die Terminabstimmung erinnern.

zu 9 Ende des öffentlichen Teils

Der Vorsitzende schließt um 18:07 Uhr den öffentlichen Teil der Sitzung. Die Öffentlichkeit und alle nicht zur Teilnahme Berechtigten verlassen den Sitzungsraum.
Die Sitzung wird um 18:08 Uhr vom Vorsitzenden mit dem nichtöffentlichen Teil fortgesetzt.

zu 15 Bekanntgabe der im nicht öffentlichen Teil gefassten Beschlüsse

Keine Beschlussfassungen im nichtöffentlichen Teil.
Ende der Sitzung 18:15 Uhr

Lübeck, den 26. Oktober 2020

Aydin Candan
Vorsitzende/r

Gitte Timmermann
Protokollführung